

n man bei so sein?

**Gutachter Gerhard
Altenberger verrechnete dem
Staat in einem Quartal allein
15.615 Euro für sein Sekretariat.**

**Er stellte der Staatsanwaltschaft
12.148 Euro für Miete, EDV und
weitere Sachkosten in Rechnung.**

**Die persönliche »Mühewaltung«
des Gutachters wurde mit
13.333 Euro/Monat
veranschlagt.**

DAS GELD DER GERICHTSGUTACHTER

Wie unabhängig kann ein Honorar noch

Sachverständige haben im Gerichtssaal sehr große Macht. In Wirtschaftskriminalfällen, insbesondere den aktuellen Korruptionsuntersuchungen, sind es ihre Gutachten, die über Gefängnisstrafe oder Freispruch entscheiden.

Damit hat Österreichs Justiz ein handfestes Problem. Denn das Image der objektiven Prüfer hat spätestens seit der Causa Birnbacher tiefe Kratzer. Gleich drei Gutachter fanden nämlich das berühmte Honorar von sechs Millionen Euro für gerechtfertigt. Einer von ihnen ist der renommierte Wirtschaftsprüfer Gerhard Altenberger, der Birnbachers Arbeit als Privatgutachter mit der Leistung einer Investmentbank verglichen hatte. Nun ermittelt die Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Altenberger.

Millionen-Honorare.

Doch die Zweifel an der Objektivität der Gutachter gehen viel tiefer. Grund sind die Honorare, die den Wirtschaftsprüfern für ihre Sachverständigentätigkeit bezahlt werden.

Der Staatsanwalt bestellt im Ermittlungsverfahren einen Gutachter aus der kurzen Liste der gerichtlich beeedeten Sachverständigen. So ein Auf-



Der umstrittene Gutachter. Gegen den bislang renommierten Sachverständigen Gerhard Altenberger, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, ermittelt die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

trag kann Millionen bringen. Deshalb lautet die wichtigste Frage: Wie unabhängig kann ein Gutachter gegenüber dem anklagenden Staatsanwalt sein, der ihm lukrative Aufträge erteilen kann? Besonders heikel ist die Praxis, dass die Gutachter der Staatsanwaltschaft meist vom Gericht für das Hauptverfahren übernommen werden. Sogar innerhalb der Justiz wird heftig diskutiert.

Bestverdiener am Gericht.

Anschaulich erklären lässt sich die Problematik an der Tätigkeit des besagten Gutachters Altenberger. Die Staatsanwaltschaft hat ihn in der Causa Immofinanz als Sachverständigen bestellt. NEWS liegen die bisherigen Teilrechnungen, die nichts anderes als Gebührenvorschüsse darstellen, in Kopie vor. Bisher stellte Altenberger laut Nummerierung 24 Teilrechnungen und hat die

Causa noch längst nicht abgeschlossen. In den letzten zwölf Monaten, die NEWS als Abrechnungszeitraum vorliegen (April 2011 bis März 2012), hat Altenberger alleine 694.741,2 Euro an Gebührenvorschuss verlangt. Hochgerechnet dürfte sich das bisherige Honorar für Altenberger in der Causa Immofinanz auf rund drei Millionen Euro belaufen. Und die Arbeit ist noch nicht beendet.

Teure Sekretärin.

Spannend wird es, wenn man sich eine dieser Teilrechnungen genauer ansieht. So verrechnet Altenberger für seine persönliche „Mühewaltung“ 200 Euro pro Stunde und von 1. Juli 2011 bis 30. September 2011 sind 200 Stunden zum Gesamtpreis von 40.000 Euro zusammengekommen. Der Stundenpreis ist übrigens zum Jahreswechsel 2012 um stolze 20 Prozent gestiegen.

Dann finden sich sechs qualifizierte Hilfskräfte auf der Rechnung, wobei der fleißigste alleine 514 Stunden für die Causa Immofinanz gearbeitet hat.

Nicht gerade ein Schnäppchen ist das Sekretariat von Altenberger, das in diesem Quartal bei einem Stundensatz von 45 Euro mit 15.615 Euro zu Buche schlägt.

Interessant sind die Sachkosten von 12.148 Euro. Darunter fallen Miete und Betriebskosten ebenso wie Nutzung bzw. Abschreibung der Büroeinrichtung.

Steuerzahler oder Verurteilter.

Und das war nur ein Beispiel. Derzeit laufen zahlreiche Ermittlungsverfahren, in denen Gutachter der Fachgruppe Steuerwesen/Rechnungswesen beschäftigt sind – und damit deren Kosten-Ticker.

Aufkommen muss für die Kosten letztendlich der Verurteilte. Nur: Wenn der pleite ist, blechen wir Steuerzahler. Der Staat muss auch zahlen, wenn ein Freispruch erfolgt.

Umgerechnet könnten alleine zu den monatlichen Gutachter-Kosten in der Causa Immofinanz rund zehn Staatsanwälte eingestellt werden. Dass die derzeitige Praxis nicht ganz sauber ist, wird nun auch Thema im Parlament.

■ M. R. Leeb